

# **Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zum Abbau des Investitionsstaus durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen**

## Gemeinsame Beratung

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines „Sondervermögens zum Abbau des Investitionsstaus durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen“ - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/917 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/999 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/1010 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/996

Entwurf eines Gesetzes zur Rückführung der Nettoneuverschuldung 2013 - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 17/929 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/1000 - Schriftlicher Bericht - Drs. 17/1010

Übertragung von Stammkapitalanteilen an der NORD/LB auf die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH (HanBG) - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/803 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/901

## **Renate Geuter, SPD**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Grascha, wenn ich Sie hier so höre, stelle ich fest: Sie haben erstens einen sehr eingeschränkten Blickwinkel und zweitens ein sehr, sehr kurzes Gedächtnis. Ich erinnere nur an die Diskussionen über die Steuerschätzung, die wir sowohl im Mai als auch im November dieses Jahres im Haushaltsausschuss geführt haben. Da haben wir sehr deutlich festgestellt, dass die Entwicklung gerade nicht so weitergeht, wie Sie sie in Ihrer letzten mittelfristigen Finanzplanung noch prognostiziert hatten.

Ich erinnere auch daran, dass im letzten Jahr niemand zusätzliche Ausgaben gefordert hatte. Ihr Gesetz das ja nicht „Nachtragshaushalt“ heißen durfte ist nur auf den Weg gebracht worden, damit Sie damit Wahlkampf machen konnten. Gereicht hätte es auch, wenn Sie einfach nur auf die Schuldenaufnahme verzichtet hätten.

Jetzt aber möchte ich zu dem Thema kommen, das heute auf der Tagesordnung steht.

Der Sanierungsbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland ist gewaltig. Nach aktuellen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat Deutschland seit 1999 einen Investitionsrückstand von einer Billion Euro aufgebaut.

Auch das Land Niedersachsen ist seiner Verpflichtung zum Substanzerhalt der eigenen Infrastruktur in den letzten Jahren nur unzureichend nachgekommen. Selbst der Landesrechnungshof, der in der Regel auf äußerste Sparsamkeit und geringere Geldausgaben pocht, hat in seinen Berichten immer wieder angemahnt, den Substanzerhalt nicht weiter zu vernachlässigen, weil uns das mittelfristig teuer zu stehen kommen könnte.

Ich wundere mich auch, dass viele Vertreter der Oppositionsfraktionen in Presseberichten die Sanierung bestimmter Straßen fordern, aber dabei vergessen, dass wir nur deshalb einen Sanierungsstau übernommen haben, weil sie in Zeiten ihrer Regierungsverantwortung nicht ihrer Verpflichtung nachgekommen sind.

Im Blick auf die Landesliegenschaften hat der Landesrechnungshof in Prüfungsmitteilungen und anlässlich von Haushaltsberatungen mehrfach darauf hingewiesen, dass die im Landeshaushalt ausgewiesenen Mittel für größere Bauunterhaltungsmaßnahmen in keiner Weise auskömmlich sind. Der Investitionsstau beläuft sich allein im Bereich der Priorität 1, also bei den zwingend notwendigen Maßnahmen, auf insgesamt gut 140 Millionen Euro.

Ich kann mich sehr gut an Diskussionen mit Herrn Möllring erinnern. Der hat, wenn er auf dieses Problem hingewiesen wurde, einfach nur mit den Schultern gezuckt und gesagt, dann muss man mit weiß-rottem Absperrband einfach ein bisschen mehr absperren. - Das heißt: Sie haben Ihre Verantwortung über Jahr und Tag nicht wahrgenommen.

Ich lese derzeit in den Zeitungen immer wieder, dass von dem einen oder anderen gefordert wird, diese oder jene Liegenschaft endlich grundlegend zu sanieren.

Jedoch sind unsere haushaltspolitischen Rahmenbedingungen nicht so glorreich, wie es Herr Grascha soeben darzustellen versucht hat. Ob es Ihnen gefällt, Herr Grascha, oder nicht: Wir haben in diesem Haushalt immer noch ein strukturelles Defizit von mehr als 1 Milliarde Euro. Wenn Sie das nicht nachvollziehen können, dann lesen Sie das in der mittelfristigen Finanzplanung einfach noch einmal nach.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Unterhaltung der landeseigenen Infrastruktur eine große finanzpolitische Herausforderung. Insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse werden die Spielräume in den nächsten Jahren begrenzt sein.

Deshalb ist es auch die richtige Entscheidung, die Mittel, die wir nicht für Zinsausgaben brauchen, einzusetzen, um den Sanierungsstau zumindest teilweise zu beheben. Wir haben schon bei der Vorstellung unseres eigenen Haushalts darauf hingewiesen, dass Kernpunkt unserer Haushaltspolitik Sparen und Investieren sein muss. Das setzen wir damit fort. Die CDU schreibt in ihrem Änderungsantrag, es gebe jetzt keinen Vorrang für neue Ausgabeprogramme. Herr Hilbers, ich kann Ihnen nur sagen: Wir legen keine neuen Ausgabeprogramme auf, sondern wir müssen aufräumen und das beseitigen, was Sie uns hinterlassen haben.

Bei Ihnen gibt es sogar Kollegen, die einerseits gegen dieses Sondervermögen sind, andererseits aber in der Presse fordern, dass diese oder jene Baumaßnahme auf jeden Fall aus diesem Sondervermögen finanziert werden müsse. Darüber wundere ich mich schon.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP haben in ihren Haushaltsanträgen zumindest in Bezug auf den Straßenbau festgestellt, dass wir insofern im Recht sind. Aber womit wollen Sie denn gegenfinanzieren? - Sie setzen weiterhin auf Einmaleffekte, auf Vermögensveräußerungen die Sie nicht benennen können und pauschal auf die Anhebung der globalen Minderausgabe. Das, was Sie machen, ist sehr viel weniger seriös als das, was wir Ihnen heute transparent vorlegen. Über das Sammelsurium, das der Haushaltsantrag der CDU darstellt, werden wir morgen intensiv diskutieren. Ich glaube, wenn Herr Möllring sehen würde, was da zusammengekommen ist, würde er sich wirklich wundern.

Gerade bei den landeseigenen Gebäuden gibt es noch sehr viele ungenutzte Energieeinsparpotenziale. Wir haben schon vor einigen Jahren von der schwarz-gelben Landesregierung eine Liste bekommen, in der uns aufgezeigt wurde, in wie viel Jahren sich bestimmte Energieeinsparmaßnahmen amortisieren. Das heißt, Investitionen im Bereich des

Klimaschutzes, die wir aus diesem Sondervermögen auch generieren wollen, kommen nicht nur dem Klimaschutz zugute, sondern eröffnen uns mittelfristig auch neue finanzielle Handlungsspielräume.

Eine gut funktionierende Infrastruktur ist die entscheidende Grundlage für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sowie ein zentraler Standortfaktor für die Wirtschaft. Sie ist insofern auch Teil einer generationengerechten Finanzpolitik. Mit der Schaffung dieses Sondervermögens gehen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes und zum Erhalt des Landesvermögens.

Danke.